



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3/XVI/130 - 13. Juni 1961

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
13. JUNI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-88
Fernschreiber 0886 890

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>17. Juni 1961</u> Gedanken zum "Tag der Deutschen Einheit"	70
5	<u>Wieder ein Prozess</u> Franz Josef Strauß und die Gerichtskosten	33
4	<u>"Anfragen über Adenauer"</u> Eine aufschlussreiche Charakterbilanz	25
4	<u>Schwerer Schlag für Menge</u> Für Rebellion liberaler Studenten	24
3 - 5a	<u>Vorwürfe und Gegenwürfe</u> Warum trat Griechenlands Botschafter in Bonn zurück? von Dr. Basil Mathiopoulos, z.Zt. Athen	83
6	<u>Wenn Öl-Millionäre heiraten</u> Prinzinhochzeit mit traurigem Nachspiel Reinliche Fragen im Parlament	47
7	<u>Zeitgeschichte...</u> <u>Ein Schützenkönig wird angeschossen</u> Entnommen aus "Der Mittag", 12.6.1961	21

* * *
* * *

17. Juni 1961

Gedanken zum "Tag der Deutschen Einheit"

G.M.- Vor acht Jahren -am 17. Juni 1953- sind die Arbeiter in Ost-Berlin und in zahlreichen anderen Städten Mitteldeutschlands aufgestanden. Sie rüttelten an den Ketten der Ulbricht-Diktatur. Blutig wurde der Aufstand niedergeschlagen; zum Teil unter Einsatz sowjetischen Militärs. Der Durchbruch des Freiheitswillens in der Zone am 17. Juni 1953 aber wurde in der Bundesrepublik zum "Tag der Deutschen Einheit".

In diesem Jahre steht der 17. Juni im Zeichen eines erneuten Angriffs der kommunistischen Machthaber in Moskau und Pankow auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Chruschtschow hat gesagt, Berlin sei ein Kloss in seinem Halse. Er will diesen "Kloss" loswerden und setzt auch den ganzen Westen unter Druck. Was jetzt auf uns zukommt, wird sicher eine harte Belastungsprobe für die Nerven der Berliner und der Menschen in der Zone sein. Aber das Bewusstsein, für unveräußerliche Menschenrechte zu stehen, muss und wird uns allen die Kraft geben, dem Druck standzuhalten, dem auch wir ausgesetzt sind.

Jedes Jahr, wenn der 17. Juni herannaht, wenn die Gedenkveranstaltungen vorbereitet werden, taucht bei den Gewissenhaften unter uns die Überlegung auf, wie wir unseren Brüdern und Schwestern in der Zone helfen können.

Wir fragen uns: Reichen Pakete in die Zone aus? Genügt es, sich vorzunehmen, die persönlichen Kontakte "nach drüben" auszubauen? Ist das in feierlichen Reden abgelegte Bekenntnis zur Zusammengehörigkeit unseres Volkes eine wirkliche Hilfe?

Wir glauben, es muss mehr geschehen. Im Gedenken an die Opfer des 17. Juni 1953 sollten wir uns alle in dem festen Vorsatz zusammenfinden, das demokratische und soziale Leben in der Bundesrepublik so fortschrittlich und krisenfest zu gestalten, dass es die Diktatoren von Pankow zwingt, den Konkurrenzkampf mit uns aufzunehmen.

Denn wir helfen den Menschen in Mitteldeutschland, wenn sie bei ihren täglichen Gesprächen in den Betrieben, mit den Nachbarn und sogar in ihren Auseinandersetzungen mit den Machthabern der Zone darauf

hinweisen können, wie frei und sozial gesichert das Leben in der Bundesrepublik ist. Je stärker das Bewusstsein aller Deutschen wird, dass die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat ist, um so eindeutiger wird das System des Unrechts, der Unfreiheit und der Ausbeutung jenseits der Zonengrenze sichtbar.

Wir müssen bei unserem Bemühen um die Steigerung der sozialen und gesellschaftlichen Leistungen in der Bundesrepublik stets daran denken, dass wir sie nicht nur um unserer selbst willen erkämpfen wollen. Jede Verbesserung des Lebensstandards bei uns, jede erhöhte Sicherung der sozialen Gerechtigkeit, jede Anerkennung der Leistung auf dem Gebiet unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zwingt das Regime von Pankow zu Revisionen seines verkrampften Gesellschafts- und Staatssystems.

So wird unser Bemühen um die praktische Erfüllung des Grundgesetzes in der Bundesrepublik zu einer Hilfe für die Menschen, die jenseits der Zonengrenze Tag für Tag gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen müssen.

Auf die Dauer kann das Regime von Pankow dem ihm von uns aufgezwungenen Vergleich zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit auf der einen Seite und Unfreiheit und sozialer Ungerechtigkeit auf der anderen Seite nicht ausweichen, es sei denn, man fände sich dort ab mit der steten Flucht von Tausenden, die die Freiheit wählen. Das aber kann Pankow nicht zulassen. Auch dieses System wird eigene Leistungen aufweisen müssen, wenn seine Machthaber nicht eines Tages ganz vor leeren Häusern und Fabriken stehen, wenn sie vor ihren Auftraggebern in Moskau nicht als die Unfähigen erkannt werden wollen.

Über alle Parteischranken hinweg stellt sich deshalb für uns in der Bundesrepublik an "Tag der Deutschen Einheit" die Forderung, der Opfer des 17. Juni 1953 nicht nur in Worten zu gedenken. Wir müssen t ä g l i c h unser Streben nach Vervollkommnung unserer freiheitlichen Lebensordnung sichtbar werden lassen. Wenn uns das gelingt, helfen wir unseren Brüdern und Schwestern in der Zone. Sie können dann immer auf uns verweisen, auf die Überlegenheit unserer demokratischen Gesellschaftsordnung und damit ihre Herren zwingen, selbst Leistungen anzustreben, anstatt das Volk mit Terror zu unterdrücken.

In diesem Bemühen sehen wir den Ansatz zum politischen Handeln in Freiheit, zu einer Tat, die denen hilft, die unserer Hilfe bedürfen und die Hoffnung auf ein besseres Morgen brauchen.

Wieder ein Prozeß

sp - Daß der Bundesverteidigungsminister mit dem Geld, das ihm anvertraut wurde, nicht auskommt, geht aus der Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben im dritten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1960 hervor. Nun ist es hinreichend bekannt, daß der Strauß seine Sträuße mit politischen Gegnern lieber vor Gericht als in offener Feldschlacht austrägt. Wie oft das Verteidigungsministerium bei diesen und anderen Gelegenheiten aber verliert oder regresspflichtig gemacht wird, läßt sich daran ermesen, daß sich die Gerichtskosten der Erneickelkaserne allein in diesem einen Vierteljahr gegenüber dem Ansatz von 18 750 DM um 38 203,92 DM erhöht haben. Kein anderer Minister in Bonn ist in diesem Ausmaß zum Kadi gelaufen, kein anderer hat dabei derartig viel Geld auf Kosten der Steuerzahler - über den Ansatz im Haushaltsplan hinaus - zusetzen müssen.

Man wird sich fragen müssen, ob das vertretbar ist und ob das Parlament die Notwendigkeit solcher Mehrausgaben ohne weiteres billigen soll. Der Minister wird erklären müssen, ob er auch dann so prozeßfreudig wäre, wenn die Gerichtskosten nicht aus Steuergeldern bezahlt würden. Denn ganz offensichtlich legen andere Mitglieder des Kabinetts in dieser Hinsicht ein, nun sagen wir, behutsameres Vorgehen an den Tag.

Daß aber auch Franz Josef Strauß sich einen Prozeß doppelt und dreifach überlegen kann, zeigte sich an der Bedenkzeit von mehr als zwei Monaten, die verstreichen mußte, bevor der Verteidigungsminister eine Einstweilige Verfügung gegen den Spiegel-Artikel von 5. April "Der Endkampf" beantragte. Der Minister wird wissen, warum er damals so tat, als gingen ihm die massiven Vorwürfe des "Spiegels" überhaupt nichts an; er wird aber auch jetzt gute, wenn auch nicht unbedingt eigene Gründe haben, Klage zu erheben. Denn normalerweise wird man annehmen müssen, daß in einer Demokratie ein Minister gegen einen solchen Artikel sofort vorgeht oder aber zurücktritt. Beides hat Franz Josef Strauß nicht getan. Und darum wird man jetzt mit Spannung abwarten dürfen, wieviel der Steuerzahler auch für diesen Prozeß wieder zahlen muß.

"Umfragen über Adenauer"

sp - Nachdem die CDU in letzter Zeit eine Vorliebe für die Verwendung von Ergebnissen der Meinungsforschung in der politischen Auseinandersetzung zeigt, könnte man auf den Gedanken kommen, auch einmal das Umfragenmaterial über die CDU einer Durchsicht zu unterziehen. Sie würden etwa in dem Buch "Umfragen über Adenauer", herausgegeben vom Institut für Demoskopie in Allensbach, das seit vielen Jahren für die CDU arbeitet, finden;

Von 1955 bis 1959 sank die Meinung der Bevölkerung, Adenauer sei

klug von	57 Prozent	auf	44 Prozent,
ausdauernd von	51 Prozent	auf	47 Prozent,
fleißig von	43 Prozent	auf	32 Prozent,
sympathisch von	30 Prozent	auf	22 Prozent,
besonnen von	21 Prozent	auf	16 Prozent.

In der gleichen Zeit stieg der Prozentsatz der Meinungen über Adenauer in folgenden Eigenschaften. Er sei

ehrgeizig von	36 Prozent	auf	41 Prozent,
schlau, gerissen v.	30 Prozent	auf	35 Prozent,
eigensinnig von	20 Prozent	auf	33 Prozent,
herrschaftlich v.	13 Prozent	auf	23 Prozent,
urnachgiebig von	15 Prozent	auf	25 Prozent.

Es gibt nach dem Buch auch eine Mehrzahl von Bundesabgeordneten, die der Meinung sind, es spreche nicht für Adenauer, wenn er immer mit allen Mitteln versuche, seinen Kopf durchzusetzen.

* * *

Schwerer Schlag für Mende

sp - Noch auf der ausserordentlichen, im Mai stattgefundenen Bundeskonferenz des Liberalen Studentenbundes hat Thomas Dehler, Vizepräsident des Bundestages und renommierter Liberaler in geradezu beschwörenden Tönen auf die liberalen Studenten einzuwirken versucht, sich doch stärker für die FDP zu engagieren. Dieser Bund gehörte einst zur Elite dieser Partei, er stellte in den vergangenen Jahren auch Führungskräfte und gab der FDP so etwas wie ein geistiges Profil im Hochschulbereich. Das scheint nun nach der Rebellion des Münchner Liberalen Studentenbundes vorbei zu sein. Schon seit langen gärt es bei diesen jungen Menschen, und nicht nur in Bayern. Sie lehnen sich gegen den Mende-Kurs auf, gegen die von ihm vorweggenommene Festlegung auf eine Koalition mit der CDU/CSU, gegen das Überhandnehmen von Gruppenegoismen in dieser Partei und vor allem gegen die schleichende, von Mende geduldete Interwanderung durch rechtsradikale Strömungen. Die Münchner liberalen Studenten beziehen sich ausdrücklich auf das Godesberger Programm der deutschen Sozialdemokratie, das sie, wohl nach gründlichem Studium, als ein Programm des zeitgemässen Liberalismus bezeichneten. Man sieht, die Ausstrahlungskraft von Godesberg reicht weit in unser Volk hinein; sie erfasst in steigendem Umfang gerade die junge Generation. Es wird nicht allein bei der Münchner Rebellion bleiben, andere werden folgen. Diese heilsame Jähre ist wohl der überzeugendste Beweis für das Verlangen der geistig regsameren und suchender jungen Menschen, Antwort auf die bewegenden Fragen unserer Zeit zu finden. Bei der Mende-Partei finden sie sie nicht.

+ + +

Vorwürfe und Gegenvorwürfe

Von Dr. Basil Mathiopoulos, z. Zt. Athen

Die griechische Öffentlichkeit war nicht weniger überrascht als die interessierten diplomatischen Kreise über den Rücktritt des griechischen Botschafters in Bonn, Thomas Upsilanti. Im auswärtigen Dienst seiner Regierung galt er bisher nicht nur als einer der erfolgreichsten Karrierediplomaten Athens, in verschiedenen schwierigen Missionen, die ihn unter anderem nach Moskau führten, hatte er sich stets - entsprechend dem Urteil der griechischen Regierung - als weitschauender Politiker und kluger Faktiker bewährt.

In den beiden Jahren seiner Bonner Tätigkeit als Botschafter hatte Upsilanti oft heikle Probleme zu meistern. Auf dem wirtschaftlichen Sektor galt es, die angebahnten Gespräche weiter zu führen und Beziehungen auszubauen. Die Bundesrepublik absorbiert als wichtigster Import- und Exportpartner Athens 20 Prozent dessen gesamten Exportkontingents. Die Bundesrepublik erwies sich in der EWG und in Fragen der Entwicklungshilfe nicht nur als warmherziger Fürsprecher der griechischen Belange, Bonn griff im Zeichen der atlantischen Partnerschaft und aus alter zwischenstaatlicher Freundschaft Athen wiederholt finanziell unter die Arme. Upsilanti bereitete den Boden für mehrere bilaterale Verträge und stand an der Spitze mehrerer Delegationen, die zu Wirtschaftsgesprächen als Gäste der Bundesregierung nach Bonn gekommen waren. Zu nennen sind vor allem das Niederlassungsabkommen über die deutschen Investitionen und Kredite, der Vertrag zur Entschädigung der Opfer des Naziregimes in Griechenland in Höhe von 120 Millionen DM, und das Abkommen über die Sozialversicherung der griechischen Arbeiter in der Bundesrepublik.

Man hat Botschafter Upsilanti am 30. Mai folgendes Schreiben des griechischen Außenministers gesandt:

"Der Mangel an politischer Phantasie und die Verkerzung elementarer Regeln des diplomatischen Verhaltens seitens der königlichen Regierung hat zu einer derartigen Verschlechterung der deutsch-griechischen Beziehungen geführt, dass die Reserven des guten Willens, die in allen Schichten des deutschen Volkes für die griechische Nation vorhanden waren, erschöpft sind.

Wenn die Bundesregierung heute, was wahrscheinlich ist, die notwendigen Schritte unternimmt für unsere Wirtschaftshilfe, so wird sie das infolge der unglücklichen Politik der griechischen Regierung nicht mehr als eine Pflicht gegenüber einem tapferen und in der Vergangenheit von Deutschen ungerecht behandelten griechischen Volk betrachten, sondern wird lediglich eine Pflicht gegenüber einem armen und unterentwickelten Alliierten in der atlantischen Gemeinschaft erfüllen.

Egoismus, Arroganz, die Bevorzugung parteilicher und individuellen Ehrgeizes gegenüber den Interessen der Nation, die

13. Juni 1961

vernachlässigt wurden, wie auch die Verkennung der übernommenen Verpflichtungen, die man verletzte, haben eine derartige Situation geschaffen, dass deutsche Behörden ihr Misstrauen selbst über schriftlich gegebene Zusicherungen offizieller griechischer Behörden unumwunden äussern.

Unter den genannten Umständen erlaubt es mir mein nationales Bewusstsein nicht mehr, meinem Lande länger in der bisherigen Form zu dienen, ohne dass ich selbst mit einer sehr ernsten Verantwortung belastet werde, nachdem sich meine Bemühungen, die Oberflächlichkeiten der Regierung einzudämmen, als vergeblich erwiesen.

Weiter möchte ich, unabhängig von den griechisch-deutschen Beziehungen, die Haltung der heutigen griechischen Regierung anführen, die fortwährend taub ist und systematisch meine Vorschläge und Anträge, die ich zur Betreuung Tausender griechischer Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik in ihren elementaren und sozialen Bedürfnissen, angeblich aus finanziellen Gründen, missachtete, während sie andererseits bedenkenlos mit vollen Händen grosse Summen für private Interessen verschwendet oder zur Überwachung ihres Botschafters oder des Botschaftspersonals ausgibt, was meine persönliche Würdigkeit und demokratische Einstellung verletzt.

Ich bitte daher, dass Sie meine Abdankung annehmen und mir das Ausscheiden aus dem Dienst des königlich griechischen Aussenministeriums bestätigen, damit ich meine Geschäfte dem Sekretär der Botschaft übergeben kann."

Die ungewöhnlich harten und schonungslosen Worte, die das Aussenministerium entgegen dem Willen des Absenders publizierte, veranlassten die Opposition im Athener Parlament zu einer stürmischen Interpellation, die dadurch an Bedeutung gewinnt, dass Üpsilanti bereit ist, seine Begründung für seinen Rücktritt durch Beweise zu erhärten. Nach offizieller Athener Darstellung ist Üpsilanti jedoch einer ohnehin bevorstehenden Entlassung wegen diplomatischer Unfähigkeit zugekommen.

Im Antwortschreiben des Aussenministers wirft dieser seinem ehemaligen Botschafter mangelnde Solidarität mit der offiziellen Regierungspolitik vor, so in der Frage der direkten militärischen Hilfe der Bundesrepublik an Athen, die Üpsilanti befürwortete. Ferner habe Üpsilanti entscheidende Investitionen zugunsten der Firma Siemens arrangieren wollen und ausserdem nichtöffentliche Mitteilungen seiner Regierung in Hände von Publizisten gelangen lassen.

+ - +

Wenn Öl-Millionäre heiraten

sp - Die "Kieler Frinzenhochzeit", die nach dreiwöchiger Dauer durch den Kuwaiter Prinz Abdullah al-Jabah al-Sabah einseitig aufgekündigt wurde mit der Kieler Gastwirts-tochter Heidi Dichter, hat jetzt im schleswig-holsteinischen Landtag noch ein Nachspiel gehabt. Der Vizepräsident des Parlaments, Dr. Schwinkowski, beehrte von der Regierung zu wissen, ob denn die Ehe des 64-jährigen Öl-millionärs mit der noch nicht volljährigen Heidi Dichter rechtlich nicht zu beanstanden sei. Es hatte seinerzeit Aufsehen erregt, dass die Ehe zwischen dem Manne, der bereits drei Frauen besitzt, und dem Mädchen in einer Frist von wenigen Stunden geschlossen worden konnte, eine Frist, die für den normalen Bundesbürger, geschweige denn für einen Ausländer sonst kaum einzuhalten ist, eben weil Erkundigungen eingezogen und rechtliche Vorschriften beachtet werden müssen.

Prinz Abdullah, der sich durch den Diplomatenpass Nummer 12 des Auswärtigenministeriums in Kuwait als Erziehungs- und Justizminister seines Heimatstaates ausgewiesen hatte, wünschte das sofortige Aufgebot mit dem Hinweis, er müsse Kiel noch am gleichen Tage aus geschäftlichen Gründen wieder verlassen. Dazu meinte Minister Lemke vor dem Parlament, die durch den Standesbeamten vorgenommene Befreiung von Aufgebot sei rechtlich nicht zu beanstanden, da der Oberlandesgerichtspräsident den Scheich von der Beibringung des Ehefähigkeitszeugnisses befreit habe. Auf die Frage, ob der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Hartz, der als einziger in Schleswig-Holstein diese Befreiung aussprechen darf, richtig gehandelt hat, ging der Minister jedoch nicht ein.

Auch wenn die Eltern die Einwilligung zur Ehe gegeben hatten, wäre es die Pflicht des Höchsten Richters gewesen, nach dem Motto "Zeit gewinnen" zu handeln, wie es auch sonst bei undurchsichtigen Eheanträgen muslimischer Millionäre der Fall ist. Schon die Tatsache, dass der Scheich sein Vermögen mit "ungeheurer DM" in den entsprechenden Fragebogen durch seinen Sekretär eintragen liess, hätte zu Zweifel Anlass geben müssen. Jedenfalls hätten ein Telefonat mit der Bonner diplomatischen Vertretung genügt, um festzustellen, dass der Prinz Abdullah bereits über drei Frauen verfügt und seine Kieler Angabe, er sei Witwer und seine Gattin dürfe den katholischen Glauben behalten, nicht wahrheitsgemäss war. Wenn ein Seemann, der Araber ist, darauf verweist, dass sein Schiff in wenigen Stunden weiterfahren muss, würde er mit Sicherheit nicht von dem für Ausländer vorgeschriebenen Ehefähigkeitszeugnis befreit werden.

Es sei daran erinnert, dass das Hamburger Oberlandesgericht, durch viele böse Erfahrungen gewitzt, sehr viel strenger verfährt als Oberlandesgerichtspräsident Dr. Hartz in Schleswig-Holstein verfahren hat. In Hamburg wird nur die Befreiung von Ehefähigkeitszeugnis erteilt, "wenn die Rechtsstellung der künftigen Ehefrau durch den Abschluss eines notariellen Ehevertrages gesichert ist." Hätte Hartz darauf bestanden und sozusagen als väterlicher Vormund der Heidi Dichter auch die Erkundigungen in Bonn einziehen lassen, ihm wäre jedenfalls der Vorwurf erspart geblieben, der da heute in Schleswig-Holstein lautet: Bei Millionären arbeitet die Behörde eben schneller.

Zeitgeschichte ...

Ein Schützenkönig wird angesprochen

Entnommen aus "Der Mittag", 12.6.1961

Düren. Mit Alfred Peplinski (34) als "König" der St. Antonius-Schützen von Oberbolheim (Kreis Düren) ist der Zentralverband der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften nicht einverstanden. Auch der Kreispräsident, Pfarrer Lupschen aus Düren, und Kreisbundesmeister Dr. Louken (Düren) erkennen Schützenkönig Alfred Peplinski nicht an. Begründung: Peplinski ist geschieden.

Aus der Tatsache, dass seine erste Frau noch lebt und er in zweiter Ehe von der katholischen Kirche nicht getraut werden konnte, zieht man die Folgerung, dass Peplinski kein Amt im Vorstand der Bruderschaft übernehmen darf.

Einige Schützenbruderschaften aus dem Kreis Düren stellten sich hinter den Beschluss des Zentralverbandes und nahmen am Oberbolheimer Schützenzug nicht teil. An ihrer Stelle durften (nicht geschiedene) Bundeswehrsoldaten vom Flugplatz Mörvenich mitmarschieren.

Der Zentralverband der Historischen Deutschen Bruderschaften betont, die Bruderschaften seien kirchliche, katholische Laienbewegungen. Folglich müssten an die Amtsträger auch kirchengesetzliche Maßstäbe angelegt werden.

Schützenkönig Peplinski hat es abgelehnt, von seinem Posten zurückzutreten.

Verantwortlich: Günter Marzscheffel